

Kulturelle Grundlagen der EU-Unterstützung. Der Einfluss von Wertzuschreibungen auf supranationales politisches Vertrauen

Tuuli-Marja Kleiner / Nicola Bücker

The cultural basis of trust in the European Union – how the ascription of values influences supranational political trust

Abstract: Most studies on citizens' trust in the European Union refer to the explanatory models of performance evaluation, cueing, and feelings of belonging to the EU. In contrast, the influence of personal values, which is prominent in research on national political trust, has not been examined so far. In order to close this gap, we analyze the role of values which people ascribe to the EU, while also considering the "classic" theoretical approaches mentioned above. Using Eurobarometer data, multilevel analyses demonstrate that cueing effects are most important in generating trust in the EU, followed by performance evaluations and collective identities. Additionally, values also substantially influence citizens' trust in the EU, constituting an independent source of more diffuse support for the EU.

Keywords: EU trust, values, value ascription, multilevel analyses

Schlagwörter: EU-Vertrauen, Werte, Wertzuschreibungen, Mehrebenenmodelle

1. Einleitung¹

Seit der klassischen Studie von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) hat sich die politische Kulturforschung vor allem auf Orientierungen gegenüber *nationalen* politischen Systemen konzentriert und dabei sowohl Orientierungsarten als auch Objekte, auf die sich diese Orientierungen beziehen können, kontinuierlich ausdifferenziert (für einen Überblick siehe z. B. Niedermayer u. Westle 1998). Im Rahmen der weiten Verbreitung des Unterstützungskonzeptes von David Easton (1965, 1975) hat sich besonders die Untersuchung des politischen Vertrauens zu einem prominenten Forschungsschwerpunkt entwickelt, dem ein entscheidender Beitrag zum langfristigen Überleben von politischen Systemen nachgesagt wird.² So wird davon ausgegangen, dass Vertrauen in die Regierung Handlungsspielräume erweitert, wodurch die Effektivität der Regierungsarbeit gesteigert und die Erprobung von Innovationen ermöglicht wird (Offe 2001, S. 257-260; Warren 1999, S. 2). Des Weiteren erhöht das Vertrauen in politische Institutionen die Bereitschaft der BürgerInnen zur Einhaltung gesetzlicher Normen und die Bereitschaft, auch Entscheidungen zu akzeptieren, die den eigenen Interessen entgegenstehen. Eine breite Vertrauensbasis, so der allgemeine Tenor, wirkt sich daher

1 Für hilfreiche Hinweise danken wir der Redaktion der PVS, zwei anonymen Gutachtern und Hendrik Lange.

2 Für eine allgemeine Diskussion der Integration von Eastons Konzept der politischen Unterstützung in das Konzept der politischen Kultur siehe insbesondere Fuchs (2002).

positiv auf die Stabilisierung politischer Systeme aus (z. B. Almond u. Verba 1963; Gabriel 1999; Mishler u. Rose 2001).

Die Konzentration der Vertrauensforschung auf den nationalen Kontext schien lange Zeit gerechtfertigt. Inzwischen hat sich die Situation durch die fortschreitende Vertiefung und Erweiterung des europäischen Integrationsprozesses jedoch geändert. Durch die zunehmende Verlagerung von Kompetenzbereichen auf die europäische Ebene ist die EU mittlerweile zu einer entscheidenden Mitgestalterin der Lebensbedingungen ihrer BürgerInnen geworden – was diese auch zunehmend zur Kenntnis nehmen (z. B. Díez Medrano 2003; Bücken 2012). Gleichzeitig ist der Einfluss der EU-BürgerInnen auf die politischen Entscheidungen der EU gestiegen. Die verstärkte Politisierung im nationalen Kontext (z. B. Kriesi 2007), der Machtzuwachs des EU-Parlaments und die Möglichkeit zu europäischen Bürgerentscheiden haben die Bedeutung der öffentlichen Meinung deutlich gesteigert (Leinen u. Kreutz 2008; Chardon 2008). Seit einigen Jahren rückt daher neben der nationalen Vertrauensforschung auch das Vertrauen der Menschen in die Union stärker ins Zentrum der politischen Kulturforschung (z. B. Kumlin 2009; Muñoz et al. 2011; Roth et al. 2011; Torcal et al. 2012; Armingeon u. Ceka 2013; Harteveld et al. 2013).

In diesem Beitrag greifen wir die Frage nach den Bestimmungsfaktoren von EU-Vertrauen auf, indem wir die bisherige supranationale Vertrauensforschung durch eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Vertrauensforschung in zweifacher Weise erweitern. Erstens wird das politische Vertrauen als Konzept differenzierter bestimmt, als es die EU-Forschung bislang getan hat. Zweitens verweisen wir neben den „klassischen“ Erklärungsansätzen von Performanzzuschreibungen, Cueing-Effekten und kollektiver Identität auf einen weiteren möglichen Mechanismus der Entstehung politischen EU-Vertrauens. In Anlehnung an die kulturalistischen Ansätze der nationalen Vertrauensforschung gehen wir davon aus, dass die Zuschreibung von als persönlich wichtig erachteten Wertvorstellungen zu politischen Objekten ebenfalls Vertrauen in diese katalysiert. Uns interessiert dabei, welchen zusätzlichen Erklärungsbeitrag dieser kulturalistische Mechanismus zu leisten vermag. Empirisch testen wir diese Frage mit Hilfe von Umfragedaten des Eurobarometers (EB) aus dem Jahr 2008 (European Commission 2008). Unsere Ergebnisse zeigen, dass Cueing-Effekte, gefolgt von Performanzbewertungen und europäischen Identitätsgefühlen, das EU-Vertrauen zwar stärker beeinflussen als der Wertemechanismus; ein unabhängiger Effekt des letzteren ist jedoch nachweisbar und zeigt einen eigenständigen Einfluss auf das Vertrauen der BürgerInnen in die Europäische Union. Schreiben die BürgerInnen der EU als wichtig erachtete Werte zu, hat dies einen substanziellen Einfluss auf ihr EU-Vertrauen.

2. Das Konzept des Vertrauens in die Europäische Union

Die meisten Studien zum Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union verzichten entweder auf eine Definition beziehungsweise Erläuterung dieses Konzepts (z. B. Muñoz et al. 2011; Roth et al. 2011; Torcal et al. 2012) oder verweisen allgemein auf Eastons Kategorisierung von politischem Vertrauen als diffuse

Form der Unterstützung von politischen Autoritäten und Institutionen. Diffuse Unterstützung meint dabei die positive Bewertung eines Objekts aufgrund seiner Eigenschaften und gilt als stabiler als die spezifische Unterstützung, welche auf der Zufriedenheit mit erbrachten Leistungen des politischen Systems basiert (z. B. Kumlin 2009; Armingeon u. Ceka 2013; Harteveld et al. 2013; grundlegend Easton 1975).³ Diese theoretische Konzeptualisierung steht allerdings im Widerspruch zu den empirischen Ergebnissen, die regelmäßig einen bedeutsamen Zusammenhang zwischen der Outputzufriedenheit und dem EU-Vertrauen feststellen (s. u.). Eine Ausdifferenzierung des Konzeptes erscheint daher sinnvoll und steht durch seine Weiterentwicklung in der nationalen Vertrauensforschung bereits zur Verfügung (z. B. Westle 1989; Norris 1999, 2011).⁴ Eastons Kritiker weisen u. a. darauf hin, dass dessen Kategorien von diffuser und spezifischer Unterstützung nicht klar voneinander zu trennen seien. Dies komme insbesondere bei der Diskussion der möglichen Quellen von Vertrauen zum Ausdruck, die Easton sowohl in primären Sozialisationsprozessen als auch in generalisierten Erfahrungen mit den Leistungen der politischen Amtsinhaber sieht (Easton 1975).⁵ Da beide Ansätze plausibel erscheinen und sich auch nicht gegenseitig ausschließen (Rohrschneider 1999; Mishler u. Rose 2001), wird politisches Vertrauen seit einigen Jahren als Mischform von diffuser und spezifischer Unterstützung verstanden, wobei die beiden Unterstützungsarten eher als zwei Enden eines Kontinuums denn als disjunkte Kategorien konzeptualisiert werden (z. B. Westle 1989, S. 85; Norris 2011, S. 22). Aufgrund seiner starken Abhängigkeit von Leistungsbewertungen ordnet Norris (2011) das politische Vertrauen dabei stärker dem spezifischen als dem diffusen Ende dieses Kontinuums zu. Ähnlich argumentiert Fuchs (1989, S. 31, 2002), der politisches Vertrauen als weniger generalisiert begreift als beispielsweise den Glauben der BürgerInnen an die Legitimität des politischen Regimes.⁶

Ausgehend von diesen Überlegungen und in Anlehnung an gängige Konzepte der nationalen Vertrauensforschung verstehen wir politisches EU-Vertrauen als Glauben daran, dass die politischen Akteure und Institutionen der EU selbst ohne permanente Kontrolle durch ihre BürgerInnen in deren Interesse handeln (Gabriel 1999; siehe auch Misztal 1996; Braithwaite 2003). Diese Einstellung kann sowohl auf einer generalisierten Zufriedenheit mit den Leistungen der EU als auch auf persönlichen bzw. der EU zugeschriebenen Werten beruhen (s. u.). Da wir, wie oben ausgeführt, davon ausgehen, dass zumindest Teile der Bevölkerung die Union mittlerweile als einen eigenständigen politischen Akteur wahrnehmen, scheint

3 Neben den politischen Autoritäten und dem politischen Regime kann sich die diffuse Unterstützung laut Easton (1975) auch auf die politische Gemeinschaft beziehen. Wir diskutieren dieses Objekt im Zusammenhang mit europäischen Zugehörigkeitsgefühlen in Abschnitt 3.3.

4 Erste Diskussionen um die angemessene Konzeptualisierung von politischem Vertrauen fanden bereits in den 1970er Jahren im Zuge der sogenannten Miller-Citrin-Debatte statt (Citrin 1974; Miller 1974).

5 Für eine kritische Diskussion dieser Überschneidung und weiterer Aspekte von Eastons Modell siehe insbesondere Fuchs (1989) und Westle (1989).

6 Die Überzeugung, dass das politische Regime und die politischen Autoritäten legitim seien, stellt nach Easton (1965, 1975) neben politischem Vertrauen die zweite Dimension diffuser Unterstützung dieser politischen Objekte dar.

die Übertragung des nationalen Vertrauenskonzeptes auf die EU plausibel. Gleichzeitig unterscheidet sich die Union als politisches Mehrebenensystem deutlich von nationalstaatlich verfassten Gemeinwesen, was bei der folgenden Diskussion möglicher Einflussfaktoren von EU-Vertrauen berücksichtigt werden muss.

3. Quellen des EU-Vertrauens: theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse

Die meisten Studien zur Erklärung des Vertrauens in die Europäische Union greifen auf Ansätze aus der EU-Einstellungsforschung zurück (z. B. Kumlin 2009; Armigeon u. Ceka 2013; Hartevelde et al. 2013). Eine Zusammenführung mit den Erkenntnissen der nationalen Vertrauensforschung erscheint jedoch sinnvoll, um die Entstehung des EU-Vertrauens besser nachvollziehen und erklären zu können. Im Nachfolgenden diskutieren wir daher die theoretischen Ansätze und empirischen Ergebnisse aus beiden Forschungsbereichen und arbeiten anschließend insbesondere die Rolle von Wertorientierungen für das Vertrauen in die EU heraus.

3.1 Performanz

VertreterInnen des Performanzansatzes, der in der nationalen Vertrauensforschung üblicherweise als *Institutionalismus* und in der EU-Einstellungsforschung als *Utilitarismus* bezeichnet wird, gehen ähnlich wie Easton davon aus, dass die BürgerInnen aufgrund rationaler Erwägungen denjenigen politischen Akteuren und Institutionen vertrauen, die ihre Erwartungen erfüllen und gewünschte Leistungen bereitstellen.⁷ Dabei kann es sich um ökonomische und politische Leistungen oder um prozessbezogene Qualitäten wie Responsivität oder Verlässlichkeit handeln, die objektiv gegeben sind oder subjektiv wahrgenommen werden müssen.⁸ Schließlich wird angenommen, dass verschiedene sozioökonomische Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße von den Leistungen eines politischen Systems profitieren und dieses entsprechend unterschiedlich stark befürworten. Dieser Logik folgend sollte die EU-Unterstützung beispielsweise mit höherem Einkommen und Bildungsniveau steigen, da Besserverdienende und gut ausgebildete Personen besonders von dem gemeinsamen Binnenmarkt und der Liberalisierung der Finanzmärkte profitieren (Gabel 2001).⁹

Sowohl der Institutionalismus als auch der Utilitarismus stellen somit rationale Nutzenüberlegungen als wesentliche Determinante von nationalem politischem Vertrauen bzw. von EU-Unterstützung heraus. Die Relevanz dieser beiden Ansätze

7 Für die national orientierte Vertrauensforschung siehe z. B. Miller u. Listhaug (1999); Mishler u. Rose (2001); van der Meer u. Dekker (2011). Für die EU-Einstellungsforschung, die diesen Ansatz allerdings nicht auf politisches Vertrauen, sondern allgemein auf politische Unterstützung anwendet und diese häufig über die Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes operationalisiert, siehe z. B. Gabel (1998; 2001); Eichenberg u. Dalton (2007); Lubbers u. Scheepers (2010).

8 Zur allgemeinen Diskussion des Konzepts der Performanz und dessen unterschiedlichen Dimensionen siehe Roller (2004).

9 VertreterInnen der nationalen Vertrauensforschung argumentieren eher, dass eine ausreichende materielle Absicherung potenzielle Verluste im Falle eines Missbrauchs von Vertrauen abfedert (Newton u. Zmerli 2011).

für politisches Vertrauen konnte in einigen Studien für die nationale und die europäische Ebene empirisch bestätigt werden. So erhöhen vor allem subjektive positive Leistungsbewertungen das nationale politische Vertrauen (z. B. Catterberg u. Menéndez Moreno 2006; Denters et al. 2007; Kleiner 2008; van der Meer u. Dekker 2011; McLaren 2012). Gleiches gilt für das Vertrauen der Bevölkerung in die EU (Kumlin 2009; Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012; Armingeon u. Ceka 2013; Harteveld et al. 2013). Die objektiven Leistungen politischer Institutionen und Autoritäten spielen demgegenüber für die Entwicklung von nationalem Vertrauen eine weitaus geringere Rolle (z. B. Miller u. Lijphart 1999; van der Meer u. Dekker 2011; Kotzian 2011), ein Befund, der für das EU-Vertrauen weitgehend bestätigt wird (z. B. Roth et al. 2011; Torcal et al. 2012; Armingeon u. Ceka 2013; aber siehe Muñoz et al. 2011; Harteveld et al. 2013). Diese Ergebnisse bestätigen theoretische Überlegungen, wonach objektive Systemleistungen für das politische Vertrauen vor allem indirekt relevant werden, indem sie über subjektive Wahrnehmungen vermittelt werden (van der Meer u. Dekker 2011; siehe auch Rohrschneider 1999). Entsprechend gehen wir davon aus, dass für die Generierung von EU-Vertrauen vor allem subjektive Leistungsbeurteilungen bedeutsam sind, und formulieren folgende Hypothese:

H1: Die Wahrscheinlichkeit für individuelles Vertrauen in die Europäische Union steigt mit der Performanz, die ihr in positiver Weise zugeschrieben wird.

3.2 Cues

Wie die bisherige Diskussion zeigt, scheint es hinsichtlich der Bedeutung von Leistungsbeurteilungen für die Generierung von politischem Vertrauen keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen nationalen politischen Systemen und dem System der Europäischen Union zu geben. In Anlehnung an die EU-Einstellungsforschung weisen allerdings verschiedene AutorInnen darauf hin, dass für ein umfassendes Verständnis von EU-Vertrauen die strukturellen Besonderheiten der Europäischen Union als politisches Mehrebenensystem berücksichtigt werden müssten. Dieses System mit seinen wechselseitig verflochtenen Regierungsebenen mache es wahrscheinlich, dass sich auch die Unterstützungsformen der verschiedenen Ebenen gegenseitig beeinflussen würden (Muñoz et al. 2011; siehe auch Hooghe u. Marks 2005). Dabei gehen die VertreterInnen des sogenannten Cueing-Ansatzes (Hooghe u. Marks 2005) in Kritik an den rationalistischen Modellen davon aus, dass eine Übertragung von nationaler politischer Unterstützung auf die europäische Ebene stattdessen, da die BürgerInnen im Allgemeinen zu wenig an der EU interessiert und zu schlecht über sie informiert seien, als dass sie deren Leistungen überhaupt eigenständig bewerten könnten. Entsprechend würden sie auf „Hinweise“ oder „Cues“ aus ihrem nationalen Umfeld zurückgreifen, um die EU zu beurteilen (Anderson 1998; Kritzinger 2003; Hooghe u. Marks 2005). Dazu gehören beispielsweise die Unterstützung der nationalen Regierung, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der nationalen Demokratie und das Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen (Anderson 1998; Kumlin 2009). Im Gegensatz zu diesem „Kongruenzmodell“ argumentieren andere AutorInnen

im Sinne des „Kompensationsmodells“ (Muñoz et al. 2011), dass zwischen nationaler und europäischer politischer Unterstützung auch ein negativer Zusammenhang bestehen kann. Zum einen kann die Unzufriedenheit mit dem nationalen System zur Hoffnung auf Verbesserungen durch die EU führen. Zum anderen ist es möglich, dass eine starke Befürwortung der nationalen Strukturen die Ablehnung einer Einflussnahme seitens der EU begünstigt (Kritzinger 2003; ähnlich Sánchez-Cuenca 2000; Rohrschneider 2002).

Trotz der zunehmenden Politisierung der EU kann nach wie vor angenommen werden, dass die nationale Politik für viele BürgerInnen relevanter und besser nachvollziehbar ist als der politische Prozess und dessen Ergebnisse auf europäischer Ebene (Westle u. Johann 2010). Aus diesem Grund verspricht der Cueing-Ansatz einen wichtigen Erklärungsbeitrag für die Entstehung von EU-Vertrauen zu liefern. Empirische Befunde bestätigen diese Annahme: Nationales politisches Vertrauen erweist sich regelmäßig als einflussreichster Faktor für EU-Vertrauen (Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012; Armingeon u. Ceka 2013; Harteveld et al. 2013). Während theoretisch sowohl eine positive als auch eine negative Beziehung zwischen dem Vertrauen in nationale und supranationale Objekte plausibel erscheint, ist empirisch zumindest auf der Individualebene eine positive Verbindung feststellbar (z. B. Muñoz et al. 2011; Armingeon u. Ceka 2013; Harteveld et al. 2013).¹⁰ Wir folgen der Extrapolationsannahme¹¹ und stellen folgende Hypothese auf:

H2: Die Wahrscheinlichkeit für individuelles Vertrauen in die Europäische Union steigt mit dem Vertrauen in das eigene nationale politische System.

Wie oben dargestellt, macht der Cueing-Ansatz insgesamt recht pessimistische Annahmen hinsichtlich des Interesses der Menschen an der EU sowie ihres Wissens über sie. Allerdings kann bezweifelt werden, dass dies für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zutrifft. Nach Ingleharts These der „kognitiven Mobilisierung“ kann angenommen werden, dass Personen, die sich stärker für Politik interessieren, auch die europäischen Institutionen und deren Funktionsweise besser verstehen und diese entsprechend als „weniger bedrohlich“ (Inglehart 1977, S. 160) wahrnehmen und stärker unterstützen als ihre politisch eher desinteressierten MitbürgerInnen. Folgt man diesen Annahmen, sollte sich der Einfluss des Cueing-Mechanismus auf politisches Vertrauen unter Berücksichtigung von kognitiven Mobilisierungsprozessen relativieren.

10 Auf der Makroebene stellen Muñoz et al. (2011) einen negativen Zusammenhang zwischen beiden Vertrauensarten fest, der allerdings verschwindet, sobald man Daten zur Qualität von politischen Institutionen hinzufügt. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Rohrschneider (2002), der feststellt, dass gut funktionierende nationale Institutionen den Maßstab für die Beurteilung der EU erhöhen und somit zu eher negativen Bewertungen dieser führen. Das Kompensationsmodell scheint also auf Länderebene zu wirken.

11 Harteveld et al. (2013) führen den Zusammenhang zwischen nationalem und europäischem Vertrauen auf ein allgemeines Vertrauenssyndrom zurück, da dieser Zusammenhang in ihren Analysen unabhängig von anderen Einflussfaktoren besteht. Andere Studien nehmen demgegenüber (auch) das Wirken einer Extrapolation an, da beispielsweise die Berücksichtigung von nationalem Vertrauen dazu führt, dass andere Cues wie die Zufriedenheit mit der nationalen Regierung ihren Einfluss auf EU-Vertrauen verlieren (Muñoz et al. 2011). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Armingeon u. Ceka (2013) und Torcal et al. (2012). Diese Befunde sprechen für die Extrapolations- these und gegen das Wirken einer allgemeinen Vertrauensdisposition.

3.3 Kollektive Identität

Ansätze zur Bedeutung einer europäischen Identität für die Unterstützung der EU können neben utilitaristischen Erklärungsmodellen und dem Cueing-Ansatz zum klassischen Kanon der europäischen Einstellungsforschung gezählt werden (Hooghe u. Marks 2005). Dabei wird europäische Identität im Allgemeinen als subjektives Zugehörigkeitsgefühl zu „Europa“ bzw. zur EU konzeptualisiert (Kaina u. Karolewski 2009; Kaina 2013). In Rückgriff auf Easton wird die Relevanz einer europäischen Identität für die Persistenz der Europäischen Union damit begründet, dass Zugehörigkeitsgefühle zu der politischen Gemeinschaft als grundlegendste Form der diffusen politischen Unterstützung betrachtet werden können und diese für das politische System, insbesondere in Krisenzeiten, eine Quelle fortdauernder Unterstützung darstellen (z. B. Krouwel u. Abts 2007; Weißels 2007; Kaina 2009).

Im Gegensatz zur allgemeinen EU-Einstellungsforschung spielt das Konzept der europäischen Identität in der EU-Vertrauensforschung bislang eine eher untergeordnete Rolle (aber siehe Torcal et al. 2012; Harteveld et al. 2013). Die Bedeutung einer europäischen Identität als Quelle von EU-Vertrauen kann jedoch damit begründet werden, dass erst durch das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zur Union eine politische Gemeinschaft im Sinne von Easton (1965, S. 177) entstehen kann, die sich über eine politische Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft und damit auch zwischen Regierenden und Regierten konstituiert. Nur wenn die BürgerInnen die AmtsinhaberInnen der EU als Mitglieder ihrer eigenen politischen Gemeinschaft anerkennen, sollten sie sich auch von ihnen repräsentiert fühlen und somit darauf vertrauen, dass diese in ihrem Interesse handeln. „Citizens do not only want to be governed competently, they also care whether this governing takes place by members of their own community, or by alien bureaucrats” (Harteveld et al. 2013, S. 5). Personen, die sich nicht als Mitglieder der politischen Gemeinschaft der EU betrachten, sondern sich zum Beispiel vor allem mit ihrer Nation identifizieren, sollten demnach der EU weniger vertrauen als Personen, die sich in stärkerem Ausmaß als EU-BürgerInnen verstehen.

Empirisch hat sich der positive Einfluss von europäischen Zugehörigkeitsgefühlen auf das Vertrauen in die Union bislang bestätigt (z. B. Torcal et al. 2012), wenngleich dieser Einfluss teilweise geringer ausfiel als ursprünglich erwartet (Harteveld et al. 2013). Dem Argument des Identitätsansatzes folgend formulieren wir folgende Hypothese:

H3: Die Wahrscheinlichkeit für individuelles Vertrauen in die Europäische Union wächst mit dem Zugehörigkeitsgefühl zur EU.

3.4 Wertorientierungen

Im Gegensatz zu den drei bislang diskutierten Erklärungsansätzen haben die theoretischen Überlegungen des Kulturalismus in der EU-Vertrauensforschung bislang kaum Berücksichtigung gefunden. Dies ist umso erstaunlicher, als dieser Ansatz als Gegenpol zum Institutionalismus die nationale Vertrauensforschung seit

Langem dominiert. Die kulturalistische Perspektive schließt unmittelbar an Eastons Konzept der politischen Unterstützung an und geht davon aus, dass über Sozialisationsprozesse vermittelte Wertorientierungen eine wichtige Quelle politischen Vertrauens darstellen (Easton 1975, S. 448). In Anlehnung an Kluckhohn ([1951] 1996), Rokeach (1973) und Schwartz (1992) können Wertorientierungen als „gesellschaftlich erarbeitete Überzeugungskonzepte zur bevorzugten Bearbeitung bestimmter gesellschaftsrelevanter Aufgaben“ (Kleiner 2014, S. 75) interpretiert werden. Werte sind demnach sozial erarbeitete Lösungen allgemeiner gesellschaftlicher Aufgaben, die als „Konzepte des Wünschenswerten“ (Kluckhohn [1951] 1996, S. 395) attraktiv-positiv formuliert sind (Joas u. Wiegandt 2006, S. 14) und als Ideale erlebt werden (Hitlin u. Piliavin 2004). Sie sind dabei anders als Normen nicht an bestimmte Kontexte oder konkrete Verhaltenserwartungen gebunden, sondern als Standards abstrakt und allgemein gehalten und können so der Rechtfertigung von Einstellungen oder Handlungen dienen. Durch ihre Abstraktheit gewinnen Werte Stabilität und zeigen gegenüber Widersprüchlichkeiten eine gewisse Immunität (Schwartz 2006, S. 169).

Indem Werte auf der Individualebene eine Grundlage und Rechtfertigung für Einstellungen, Ziele und Verhalten liefern und Gesellschaften Sinn verleihen sowie soziale Ordnung und Kohäsion ermöglichen (Parsons 1971), kann ihnen eine elementare Bedeutung für die Organisation von Gesellschaften zugeschrieben werden. Ihre Relevanz für die Unterstützung politischer Systeme stellt Fuchs (1989, 2002) in seiner Weiterentwicklung von Eastons Modell heraus. Fuchs unterscheidet drei unterschiedliche Ebenen des politischen Systems, die zwar miteinander im Zusammenhang stehen, analytisch und empirisch aber dennoch getrennt zu betrachten sind. Die oberste Ebene ist die Kulturebene und wird durch politische Werte, wie Vorstellungen über die wünschenswerte Form der Herrschaftsordnung, gebildet. Die mittlere Strukturebene stellt das politische Regime, also die konkrete Ausformung der Herrschaftsstrukturen, dar (Fuchs 2002, S. 340-341). In Abgrenzung zu Easton wird der Regimebegriff auf Institutionen reduziert, da grundlegende Werte und Normen nicht der Systemstruktur, sondern der Systemkultur und damit einer anderen theoretischen Dimension zugerechnet werden (Fuchs 1989, S. 25). Die dritte Prozess- oder Performanzebene wird durch die politischen Akteure und ihre Handlungen konstituiert (Fuchs 2002, S. 341). Die Orientierungen gegenüber der Strukturebene werden durch die Einstellungen zu den anderen beiden Ebenen beeinflusst. Während Performanzbewertungen an die Outputs der handelnden AkteurInnen und damit an die Erfüllung konkreter politischer oder ökonomischer Interessen geknüpft sind, ist der Wirkungscharakter der Kulturebene anderer Art. Werte sind relativ stabile Orientierungen; ihre Umsetzung durch das politische Regime bedient im Gegensatz zu Output-Beurteilungen eher grundsätzliche Bedürfnisse nach Sinn, Ordnung oder Zugehörigkeit (Lepsius 1997). Die Bindung an bestimmte (z. B. demokratische) Werte sollte die Unterstützung institutioneller Regime daher dauerhafter beeinflussen als Performanzbewertungen.

Die Annahme, dass politische Regime derart grundlegende Bedürfnisse befriedigen können, verweist auf ein soziologisches Verständnis von Institutionen, wonach diese Wertvorstellungen in Form von sogenannten „Leitideen“ verkörpern (Lepsius 1997, S. 285), auf deren Umsetzung sich die Unterstützung einer Person

beziehen kann. Ein Einfluss von persönlichen Werten auf die Unterstützung von Institutionen ist aber nur plausibel, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Werte, die einer Person persönlich wichtig sind, auch dem Regime bzw. seinen Institutionen zugeschrieben werden: „Die Voraussetzung dieser Unterstützung ist also eine *Bindung* an bestimmte [...] Werte (value-commitment) und eine *Kognition*, dass diese Werte in dem Regime auch institutionalisiert sind“ (Fuchs et al. 2002, S. 431, Hervorhebung im Original). Wir gehen daher davon aus, dass die BürgerInnen politische Institutionen dann befürworten, wenn diese Wertvorstellungen repräsentieren, die den BürgerInnen auch persönlich wichtig sind. In diesem Fall werden Wertzuschreibungen zu einer wichtigen Quelle des Legitimitätsglaubens und des politischen Vertrauens der Mitglieder einer politischen Gemeinschaft.¹²

Eine solche Vertrauen generierende Wertezuschreibung kann auch für die politischen Strukturen der EU angenommen werden, die durch die permanente Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses zunehmend Ordnungs-, Orientierungs- und Sinnstiftungsfunktionen übernommen hat. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt in der Selbstbeschreibung der EU deutlich, die sich explizit als Wertegemeinschaft definiert:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“ (Artikel 2 EUV).

Basierend auf der vorangegangenen Argumentation kann nun angenommen werden, dass die Zuschreibung liberal-demokratischer Werte zur EU, die den BürgerInnen auch persönlich wichtig sind, das Vertrauen in die Union begünstigt. Entsprechend formulieren wir folgende kulturalistische Hypothese:

H4: Die Wahrscheinlichkeit für individuelles Vertrauen in die Europäische Union steigt mit der Anzahl an Wertedimensionen, die von den Individuen sowohl persönlich als wichtig erachtet als auch der EU zugeschrieben werden.

Die Zuschreibung von persönlich wichtigen Werten an politische Objekte verstehen wir als einen eigenständigen kulturalistischen Mechanismus der Vertrauensgenerierung. Aufgrund der oben angeführten unterschiedlichen Funktionen, die Wertorientierungen und Leistungsbeurteilungen durch ihre jeweils spezifische Art der Bedürfnisbefriedigung erfüllen und die mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Regimeunterstützung verbunden sind, ist diese analytische Trennung beider „Einstellungskonstrukte“ (Fuchs 2002, S. 36) gerechtfertigt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Wertorientierungen und Leistungsbeurteilungen völlig unab-

12 Natürlich können Institutionen auch Werte zugeschrieben werden, die einer Person selbst nicht wichtig sind. Beispielsweise können die EU-BürgerInnen annehmen, dass sich die EU-Kommission für die Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzt, diese Gleichstellung aber für irrelevant halten. Diese Wertzuschreibung sollte sich entsprechend nicht auf das Vertrauen der BürgerInnen in die Union auswirken.

hängig voneinander existierten. So benötigen letztere einen Bewertungsmaßstab, anhand dessen die Performanz einer Institution oder eines Akteurs eingeschätzt werden kann (Rohrschneider 1999; ähnlich Mishler u. Rose 2001; Kotzian 2011). Politische Werte sollten demnach den Wunsch nach bestimmten Leistungen und die Beurteilung dieser beeinflussen. Ein solch grundsätzlicher Einfluss erscheint plausibel, ist jedoch weitgehend unabhängig von dem hier geführten Argument, wonach Wertzuschreibungen neben Performanzbeurteilungen, Identitätsgefühlen und Cueing-Effekten eine selbständige Rolle für die Generierung von EU-Vertrauen spielen. Wie oben ausgeführt, folgt jeder dieser Mechanismen einer eigenen Logik, die als eigenständige Quelle des EU-Vertrauens interpretiert werden kann.

4. Empirische Analysen

4.1 Daten und Operationalisierung

Die für die empirischen Analysen herangezogenen Umfragedaten entstammen dem Eurobarometer 69.2. aus dem Jahr 2008 (European Commission 2008). Dabei handelt es sich um den jüngsten uns bekannten Datensatz, der sowohl Performanzzuschreibungen an die EU enthält als auch die empirische Überprüfung des kulturalistischen Mechanismus erlaubt. Da wir an der Überprüfung eines allgemeinen Mechanismus interessiert sind, haben die Einstellungen von 2008 zudem den Vorteil, dass der hier im Mittelpunkt stehende kulturalistische Erklärungsansatz weitgehend ohne Einflüsse der durch die Bankenkrise ausgelösten Turbulenzen und der damit möglicherweise einhergehenden Verzerrungen getestet werden kann. Alle folgenden Analysen basieren auf den Daten der 27 Länder, die zu diesem Zeitpunkt Mitgliedstaaten der EU waren.

Das Vertrauen der UnionsbürgerInnen in die EU wurde mittels einer dichotom kodierten Variablen erhoben.¹³ Der formale Bildungsstand der Befragten wird über das Alter bei Beendigung der Ausbildung operationalisiert,¹⁴ wobei eine zusätzliche Dummy-Variable den Ausbildungsstatus kontrolliert. Die kognitive Mobilisierung wird über die Häufigkeit der Teilnahme an politischen Diskussionen gemessen.¹⁵ Zusätzlich kontrollieren wir die Effekte für das Alter (in Zehnjahres-

13 Gefragt wurde in folgendem Wortlaut: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. [...] Wie ist es mit der EU?“

14 Im Wortlaut: „Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?“

15 Im Wortlaut: „Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?“

schritten) und das Geschlecht der Befragten.¹⁶ Um die Bedeutung von Unterschieden zwischen den europäischen Nationen zu prüfen, ziehen wir die nationale Wirtschaftsstärke über das Bruttoinlandsprodukt, die Arbeitslosenquote sowie das Ausmaß an sozialer Ungleichheit, gemessen über den Gini-Koeffizienten, heran. Über einen Dummy testen wir außerdem, welchen Einfluss die staatssozialistische Vergangenheit eines Landes auf das individuelle EU-Vertrauen hat. Weitere Kontrollvariablen sind die Dauer der EU-Mitgliedschaft eines Landes (in Jahren), der Status eines Landes als Nettoempfänger oder -zahler, der Bevölkerungsanteil an Protestanten (in Prozent) sowie das Niveau an sozialem Vertrauen.¹⁷

Das Zugehörigkeitsgefühl zur EU wird über die Frage erhoben, in welchem Ausmaß sich die Befragten als Europäer fühlen.¹⁸ Um den Einfluss des Cueing-Effekts zu prüfen, wird aus zwei dichotomen Items für das Vertrauen der Befragten in ihr nationales Parlament bzw. in ihre Regierung ein additiver Index gebildet, wobei jeweils ein ungültiger Antwortwert zugelassen wird.¹⁹

Die Erhebung der Performanzen, welche der Europäischen Union zugeschrieben werden, erfolgt folgendermaßen: Den Befragten wird zunächst eine Filterfrage gestellt, bei der sie einschätzen sollen, ob das eigene Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert oder nicht. Sowohl den Befragten, die dies bejahen, als auch denjenigen, die dies bestreiten, wird anschließend eine Liste mit möglichen politischen wie ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft vorgelegt, wobei die Inhalte je nach Beantwortung der vorhergehenden Filterfrage positiv oder negativ formuliert sind. In Tabelle 1 sind die entsprechenden

16 Auf eine Kontrolle der Selbsteinschätzung der Befragten auf der Links-Rechts-Dimension verzichten wir in unseren Analysen. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen haben 5.301 Befragte diese Frage nicht beantwortet, wobei sich die Ausfälle stark auf die mittelosteuropäischen Staaten konzentrieren (allein 484 Verweigerer von 1.021 Befragten in Litauen), was Zusammenhänge vermutlich verzerrt. Zum anderen entfallen 26 Prozent der gültigen Antworten allein auf die mittlere Ausprägung 5 der 10er-Skala, sodass aus unserer Sicht unklar bleibt, was diese Einschätzungen inhaltlich bedeuten. Beide Probleme sind nicht ad hoc zu lösen, erschweren aber eine Interpretation des ohnehin schwachen Zusammenhangs dieser Dimension mit der abhängigen Variablen ($R=0,07^{***}$). Angesichts des geringen Kenntnisergebnisses und der vergleichsweise geringen Bedeutung dieser Variablen für unsere Fragestellung scheint deren Nichtberücksichtigung gerechtfertigt. Idealerweise hätten wir zudem gerne soziales Vertrauen auf Individualebene als Kontrollvariable verwendet, da sich dieses im nationalen Kontext gerade in neueren Studien als einflussreiche Determinante von politischem Vertrauen erweist (z. B. Zmerli et al. 2007; Newton u. Zmerli 2011; Kotzian 2011). Dieses Ergebnis wurde für EU-Vertrauen von einzelnen Studien bestätigt (Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012). Leider ist hierzu keine Operationalisierung im Datensatz vorhanden, sodass wir soziales Vertrauen lediglich für die Länderebene testen können. Wir nehmen jedoch nicht an, dass die Ergebnisse hiervon stark beeinflusst werden. Ein Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Vertrauen ist zwar häufig vorhanden, fällt aber meist eher schwach aus (Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012).

17 Die Makrodaten wurden der europäischen Datenbank der EU-Kommission (Eurostat) sowie der Weltbank entnommen.

18 Die genaue Frageformulierung lautet: „In welchem Ausmaß fühlen Sie sich als Europäer?“ (4er-Skala). Zwar erhebt diese Frage die allgemeine Identifikation mit „Europa“ und nicht mit der Europäischen Union. Empirische Studien haben allerdings gezeigt, dass die Befragten offensichtlich nicht zwischen beiden Identifikationsobjekten unterscheiden (z. B. Westle 2007), sodass dieses Item als Indikator für das Zugehörigkeitsgefühl einer Person zur EU geeignet ist.

19 Da 5,7 Prozent bzw. 4,6 Prozent der Befragten keine gültige Antwort auf die Frage nach dem Vertrauen ins nationale Parlament bzw. in die eigene Regierung gegeben haben, bekommen Befragte, die nur eine der beiden Vertrauensfragen beantwortet haben, den Wert 1 zugewiesen.

Erwartungen wiedergegeben, aus denen die Befragten maximal drei auswählen können.

Tabelle 1: Zugeschriebene Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land

Welche der folgenden sind die Hauptgründe dafür, dass Deutschland Ihrer Meinung nach davon profitiert hat / nicht davon profitiert hat, dass es Mitglied der Europäischen Union ist? [IA: Liste zeigen – rotieren – maximal 3 Nennungen]
Die EU trägt zur Demokratie in Deutschland bei / hat negative Auswirkungen auf die Demokratie in Deutschland.
Die EU trägt dazu bei, dass Frieden und Sicherheit gewahrt werden / hat negative Auswirkungen auf die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit.
Die Europäische Union trägt zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei / hat negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland.
Einige Themen, die den Menschen in Deutschland wichtig sind, können am besten auf europäischer Ebene / auf nationaler Ebene behandelt werden.
Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen Staaten / sorgt für Spannungen zwischen Deutschland und anderen Ländern.
Deutsche haben gewichtigen / sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden.
Die EU stärkt die Rolle Deutschlands in der Welt. / Die Rolle Deutschlands in der Welt wird durch die Mitgliedschaft in der EU geschwächt.
Die EU verbessert / senkt den Lebensstandard der Deutschen.
Die EU hilft den Deutschen, mit den Herausforderungen der Globalisierung fertig zu werden. / Die Mitgliedschaft in der EU macht Deutschland anfälliger für die negativen Auswirkungen der Globalisierung.
Die EU verschafft den Deutschen neue Arbeitsplatzmöglichkeiten / gefährdet die Arbeitsplätze der Deutschen.
Spontan: Sonstiges

Quelle: European Commission 2008. Länderfragebogen Deutschland.

Der aus diesen Items gebildete Performanzfaktor gibt die Stärke der Leistungszuschreibungen bzw. Befürchtungen wieder. Dazu werden zunächst alle Befragten, die zwar die Filterfrage beantwortet, aber keine Performanz genannt haben, auf 0 gesetzt. Für jede genannte Leistungszuschreibung bzw. Befürchtung steigt bzw. sinkt der Indikatorwert um eine Einheit, sodass der Wertebereich von -3 bis +3 reicht.

Im Vergleich zu den Performanzzuschreibungen, die auf direktes Handeln der EU-Eliten zurückgeführt werden können und mit denen konkrete Hoffnungen und Befürchtungen verbunden werden, sind Wertorientierungen deutlich abstrakter und werden stärker dem System als immanente Eigenschaften zugeschrieben (siehe Abschnitt 3.4). Bei dieser Art von allgemein sozial geteilten und positiv formulierten Konzepten des Wünschenswerten (wie beispielsweise „Frieden“ oder „Solidarität“) kann zunächst angenommen werden, dass die Befragten tendenziell alle zur Auswahl stehenden Werte als wichtig erachten. Die Frageformulierung des EB 69.2. erzwingt jedoch eine Auswahl aus einer ganzen Reihe an Wertorien-

tierungen, sodass diese Erhebungsform valide Ergebnisse im Hinblick auf die *persönlich wichtigen* Wertorientierungen verspricht. Um die Übereinstimmung dieser Wertorientierungen mit den der EU zugeschriebenen Werten zu ermitteln, wurden zwei Fragebatterien herangezogen, die beide Male folgende Werte zur Wahl stellten: Rechtsstaatlichkeit, Respekt gegenüber menschlichem Leben, Menschenrechte, Freiheit des Einzelnen, Demokratie, Frieden, Gleichheit, Solidarität und Unterstützung anderer, Toleranz, Religion, Selbstverwirklichung sowie Respekt gegenüber anderen Kulturen. Dabei sollten die Befragten jeweils drei Dimensionen auswählen, wobei in der ersten Fragebatterie nach persönlich wichtigen Werten gefragt wurde und in der zweiten Batterie Werte genannt werden sollten, welche die EU nach Meinung der Befragten am besten repräsentiert. Um den kulturalistischen Mechanismus der Wertzuschreibungen zu prüfen, wird nun eine Variable gebildet, deren Wert pro „match“ zwischen persönlicher Bedeutung und EU-Zuschreibung der einzelnen Wertorientierungen ansteigt. Dazu wird ein additiver Index aus Dummy-Variablen gebildet, welche diese Übereinstimmung jeweils ausdrücken und der folglich einen Wertebereich von 0 bis 3 hat.²⁰

4.2 Methodisches Vorgehen

Da die abhängige Variable dichotom ist, werden logistische Regressionen durchgeführt. Dem Vorschlag von Best u. Wolff (2010) folgend, werden für alle Modelle unstandardisierte und standardisierte Logit-Koeffizienten angegeben. Um ihr relatives Gewicht zu bestimmen, werden die Regressionskoeffizienten durch Multiplikation mit der Standardabweichung der jeweiligen X-Variablen standardisiert (vgl. hierzu Urban u. Mayerl 2011, S. 340, 344). In Modell 3 werden für die interessierende Variable zusätzlich marginale Effekte angegeben.

Die Datenstruktur ist hierarchisch und unsere Hypothesen beziehen sich auf zwei Analyseebenen: Jedes befragte Individuum ist Bürger genau eines EU-Landes. Um keine verzerrten Standardfehler zu erhalten und den Einfluss der Ländereffekte nicht zu unterschätzen, werden daher Random Interzept- und Random Slope-Mehrebenenanalysen durchgeführt (Snijders u. Bosker 1999).

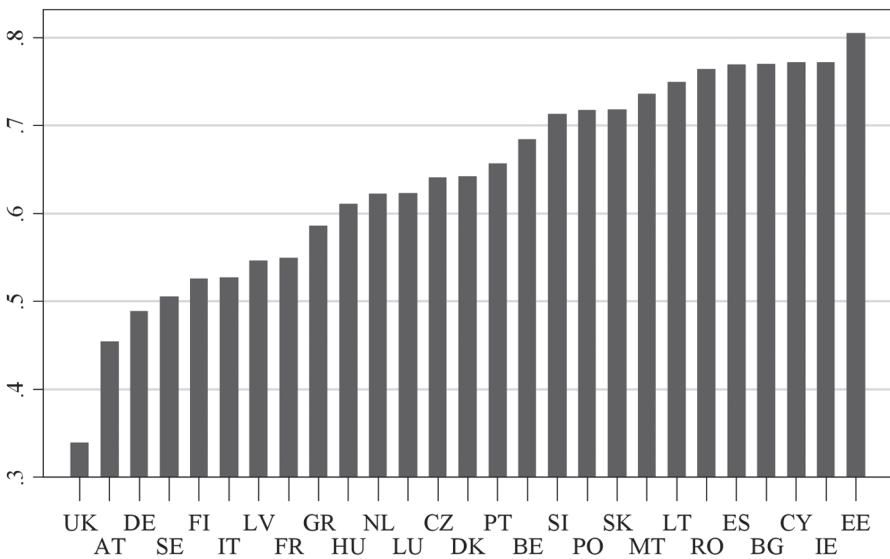
Im Mittelpunkt steht die Frage, ob der kulturalistische Erklärungsansatz in der Lage ist, sich gegen die drei in der EU-Forschung dominierenden Ansätze der EU-Identität, des Cueings und der Performanzzuschreibung durchzusetzen und einen eigenen, zusätzlichen Beitrag zur Erklärung des EU-Vertrauens zu leisten. Zu diesem Zweck berechnen wir unterschiedliche Modelle, wobei wir zunächst die Individualmerkmale der Befragten und die Variablen der drei in der Literatur dominierenden Erklärungsansätze berücksichtigen und anschließend die Variable der Wertzuschreibungen zur Erklärung von EU-Vertrauen in das Analysemodell mit aufnehmen.

²⁰ Obwohl man intuitiv davon ausgehen kann, dass Werte, die Objekten zugeschrieben werden, automatisch auch als persönlich bedeutsam erachtet werden, bleibt diese Annahme letztlich unbewiesen. Da wir annehmen, dass der Wertemechanismus der Vertrauensvergabe nur funktioniert, wenn beide Bedingungen erfüllt sind, halten wir unsere Vorgehensweise für die validere.

4.3 Empirische Analyseergebnisse

Von den insgesamt 26.661 Befragten aus den 27 unterschiedlichen Mitgliedsstaaten gaben 23.293 Personen eine gültige Antwort auf die Frage nach ihrem Vertrauen in die EU.²¹ Die Nationenbezeichnungen entsprechen der internationalen ISO-Kennung, die Höhe des Vertrauens ist in Anteilen zwischen 0 und 1 pro Befragungsland angegeben. Die Unterschiede der Vertrauensniveaus zwischen den Ländern sind beträchtlich, wie Abbildung 1 zeigt. So sprachen über 80 Prozent der Befragten aus Estland der EU ihr Vertrauen aus, während dies lediglich 34 Prozent der Briten taten.

Abbildung 1: Das Ausmaß an Vertrauen in die Europäische Union. Nationale Niveaus im Vergleich



Erläuterung: Relative Anteile der Befragten, die der EU ihr Vertrauen ausgesprochen haben, dargestellt als Anteile zwischen 0 und 1.

Quelle: European Commission 2008, N = 27. Eigene Berechnungen.

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse der Regressionsmodelle dargestellt (M1 bis M3). Das erste Modell (M1) enthält zunächst alle Kontrollfaktoren einschließlich der drei in der Literatur diskutierten Mechanismen zur Entstehung von EU-Vertrauen. Wie man der Tabelle entnehmen kann, leisten diese alle einen eigenen Beitrag

²¹ Dies bedeutet einen Ausfall von 12,6 Prozent. Die 3.368 Befragten, welche diese Frage nicht beantworteten wollten oder keine Antwort wussten, finden sich vor allem in Ländern, in denen politischen Institutionen erfahrungsgemäß wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Dies sind neben den ehemaligen staatssozialistischen auch südeuropäische Nationen sowie die Iren und die Briten. Die meisten Antwortverweigerer finden sich in Italien (236), gefolgt von Polen (203), Lettland, Litauen, Irland (je 179), Bulgarien (178), Spanien (163), Großbritannien (160), Ungarn (157) und Estland (149).

zur Erklärung des Vertrauens in die Europäische Union. Der signifikant positive Koeffizient der Performanzvariablen zeigt an, dass die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen mit stärkerer Leistungszuschreibung höher ausfällt als bei schwächerer Performanzzuschreibung. Mit einem standardisierten Koeffizienten von 1,05 ist der Effekt kleiner als jener der Cueing-Heuristik, jedoch größer als jener der EU-Identität. Bezüglich der unterschiedlichen Vertrauensheuristiken zeigt sich hier also eine deutliche Hierarchie: Das Vertrauen in die EU wird 2008 am stärksten vom Cueing-Effekt bestimmt, die Zuschreibung von Performanz hat allerdings ebenfalls einen beträchtlichen Einfluss auf die Vertrauenswahrscheinlichkeit. Weniger stark, jedoch durchaus deutlich, ist auch der Effekt der EU-Identität auf ein positives Vertrauensurteil. Die drei in der Literatur diskutierten Erklärungsansätze sind also allesamt bedeutende Quellen des EU-Vertrauens. Dieses Ergebnis bestätigt die Erkenntnisse früherer Studien und den relativen Einfluss der drei Heuristiken, den bereits Armingeon und Ceka (2013) konstatiert haben. Darüber hinaus scheinen sie für beide Geschlechter, ungeachtet des Bildungsniveaus und – erstaunlich – unabhängig von der Häufigkeit der Teilnahme an politischen Diskussionen zu gelten. Wer sich allerdings noch in Ausbildung befindet bzw. vergleichsweise jung ist, für den ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass er der Union Vertrauen entgegenbringt. Im Vergleich mit den Vertrauensheuristiken sind die beiden letztgenannten Einflüsse jedoch nicht sehr stark.

Die Kontrolle der Länderkontexte ändert an diesen Ergebnissen nichts.²² Der Intraklassenkoeffizient beträgt 0,07, sodass die Modellierung einer zweiten Analyseebene gerechtfertigt erscheint. Für die Länderebene hat vor allem die Frage, ob ein Land früher dem staatssozialistischen Block angehört hat oder nicht, einen deutlichen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der Vertrauensvergabe. Diese ist für BürgerInnen, die aus mittelosteuropäischen Staaten kommen, signifikant höher als für BürgerInnen aus west- oder südeuropäischen Ländern. Die übrigen Ländervariablen stellen sich nur teilweise als signifikant heraus und haben eher unbedeutende Auswirkungen auf das Vertrauen in die EU, sodass wir auf eine weitere Diskussion dieser Faktoren verzichten.

Die unterschiedlichen Gütekriterien lassen den eindeutigen Schluss zu, dass es sich bei dem vorliegenden Schätzmodell bereits um einen akzeptablen Fit handelt. Darauf deutet nicht nur ein McFadden-Wert von 0,34 hin,²³ der Wert für das Akaiksche Informationskriterium (bzw. das Bayessche Informationskriterium) fällt von ursprünglich 28.133 (bzw. 28.149) auf 18.542 (bzw. 18.638). Die Modellschätzung verbessert sich gegenüber dem Nullmodell also deutlich.

22 Zu Vergleichszwecken wurden alle Modelle auch ohne Kontexteinflüsse berechnet.

23 Dieser Wert geht vor allem auf die Einflüsse der drei Vertrauensheuristiken zurück. Ein Kontrollmodell, welches lediglich die sozialstrukturellen und politischen Faktoren enthält, erreicht einen McFadden-Wert von 0,02.

Tabelle 2: Determinanten des Vertrauens der EU-BürgerInnen in die Europäische Union im Vergleich

	M1			M2			M3			MEM
	B/SE	B*	Sign.	B/SE	B*	Sign.	B/SE	B*	Sign.	
<i>Geschlecht</i>	-0,07 (0,04)	-0,03 n.s.		-0,08 (0,04)	-0,04 *		-0,08 (0,04)	-0,04 *		
<i>Alter</i>	-0,05 (0,01)	-0,08 ***		-0,05 (0,01)	-0,09 ***		-0,05 (0,01)	-0,09 ***		
<i>Bildung</i>	0,01 (0,01)	0,03 n.s.		0,01 (0,01)	0,04 n.s.		0,01 (0,01)	0,04 n.s.		
<i>Ausbildung</i>	0,39 (0,10)	0,11 ***		0,41 (0,10)	0,11 ***		0,41 (0,10)	0,11 ***		
<i>Kogn. Mobilisierung</i>	0,05 (0,03)	0,03 n.s.		0,05 (0,03)	0,03 n.s.		0,05 (0,03)	0,03 n.s.		
<i>Performanz</i>	0,49 (0,01)	1,05 ***		0,48 (0,01)	1,03 ***		0,48 (0,01)	1,03 ***		
<i>Cueing</i>	1,32 (0,03)	1,18 ***		1,32 (0,03)	1,18 ***		1,32 (0,03)	1,18 ***		
<i>EU-Identität</i>	0,49 (0,02)	0,44 ***		0,46 (0,02)	0,41 ***		0,46 (0,02)	0,41 ***		
<i>Wertemechanismus</i>				0,28 (0,02)	0,25 ***					
1							0,47 (0,04)	0,22 ***		0,74 (0,02)
2							0,64 (0,06)	0,24 ***		0,77 (0,02)
3							0,57 (0,09)	0,13 ***		0,76 (0,02)
<i>Dummy (West/ Ost)</i>	-1,05 (0,19)	-0,51 ***		-1,06 (0,19)	-0,51 ***		-1,05 (0,19)	-0,51 ***		
<i>Konstante</i>	-1,36 *** (0,16)			-1,47 *** (0,16)			-1,53 *** (0,16)			
<i>Var(West/ Ost)</i>	0,22 (0,15)			0,24 (0,15)			0,24 (0,15)			
<i>Var(Konst)</i>	0,15 (0,07)			0,13 (0,06)			0,13 (0,06)			
<i>Wald chi2</i>	5331			5344			5355			
<i>Log likelihood</i>	-9259			-9177			-9159			
<i>McFadden</i>	0,342			0,348			0,349			
<i>AIC</i>	18542			18380			18347			
<i>BIC</i>	18638			18484			18467			
<i>Individuen</i>	22263			22263			22263			
<i>Gruppen</i>	27			27			27			

Erläuterung: Logistische Regressionen im Mehrebenendesign. Dargestellt sind die Logits, die standardisierten Logits und vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten. Die Level-2-Varianz des Nullmodells beträgt 0,264 (0,073), der ICC 0,074, LL₀ = -14064. Referenzkategorie für den Wertemechanismus ist 0.

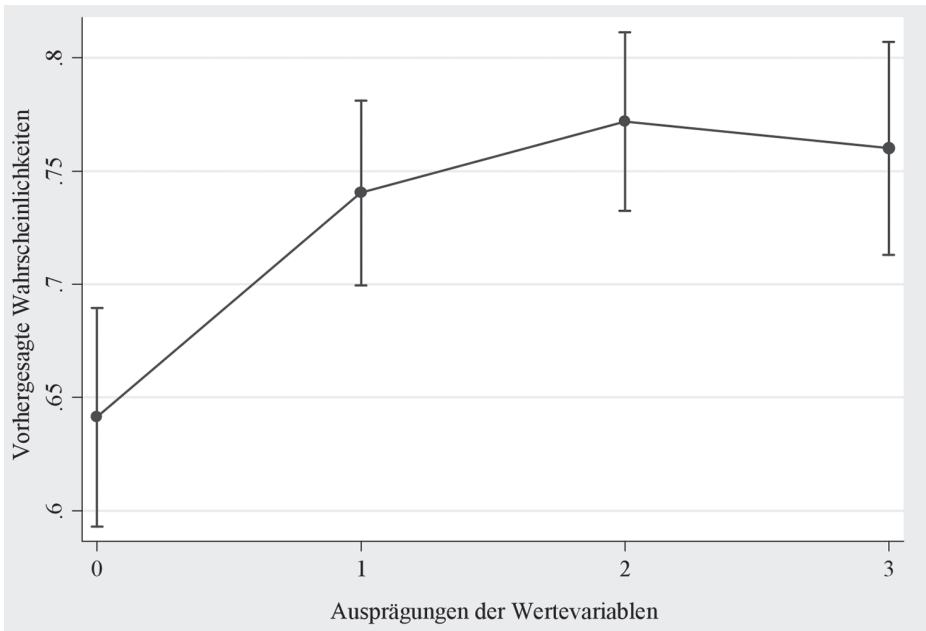
Quelle: European Commission 2008. Eigene Berechnungen.

Unter Kontrolle dieser bereits bedeutenden Einflüsse auf das Vertrauen in die Europäische Union wird nun im nächsten Modell zusätzlich der Faktor für den Wertemechanismus mit aufgenommen (M2). Wie man der Tabelle entnehmen kann, zeigt der Kulturmechanismus einen signifikant positiven Effekt auf die abhängige Variable. Die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen erhöht sich somit, wenn die Befragten die unterschiedlichen Werte sowohl persönlich als bedeutend erachten als auch der Union zuschreiben. Am standardisierten Koeffizienten ist abzulesen, dass dieser Effekt nicht so stark ist wie jener der anderen Heuristiken, dass aber umgekehrt sein Einfluss demjenigen der kognitiven Mobilisierung sowie der übrigen Individualmerkmale deutlich überlegen ist. Der zusätzliche Erklärungsbeitrag dieser Variable lässt sich an den Gütekriterien ablesen: Der McFadden-Wert steigt, während AIC und BIC auf einen verbesserten Fit hindeuten. Auch ein Likelihood-Ratio Test²⁴ lässt auf eine signifikante Verbesserung des Modells durch das Hinzufügen dieses Parameters schließen. Der Wertemechanismus scheint also trotz des bereits aus der bisherigen Literatur ausgeschöpften Potenzials einen zusätzlichen eigenen Beitrag zur Erklärung des EU-Vertrauens zu leisten.²⁵

Der Logit-Koeffizient kann leicht zu dem intuitiven Schluss verleiten, dass sich die Chance auf EU-Vertrauen mit zunehmender Anzahl an Übereinstimmungen von persönlicher Wichtigkeit und EU-Zuschreibung signifikant verbessert. Ob diese intuitive Interpretation zutrifft, zeigen jedoch erst die marginalen Effekte. Sie erlauben eine Antwort auf die Frage, welchen substanziellen Beitrag der Wertemechanismus über Vorzeichen und Signifikanz hinaus zur Erklärung des EU-Vertrauens leistet. Da es sich bei logistischen Regressionen jedoch um nicht-lineare Funktionen handelt und die Steigung der Wahrscheinlichkeitskurve damit nicht konstant ist, sondern der marginale Effekt von X sowohl mit den Ausprägungen von X als auch mit den Ausprägungen der anderen unabhängigen Variablen variiert (Best u. Wolf 2010, S. 839), ist es problematisch, diese Nicht-Linearität anhand einer einzigen Zahl darzustellen (Best u. Wolf 2010, S. 846). Aus diesem Grund sind im letzten Modell statt eines globalen Wertes die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die einzelnen Ausprägungen der Kulturvariablen angegeben, wobei die marginalen Effekte am Mittelwert aller Variablen berechnet wurden. Um sie zu veranschaulichen und leichter interpretieren zu können, werden die Effekte zusätzlich in graphischer Form dargestellt (siehe Abbildung 2).

24 LR $\chi^2(1) = 163,74$; Prob > $\chi^2 = 0,0000$

25 Eine Tabelle der Interkorrelationen aller UVs befindet sich im Anhang.

Abbildung 2: Der Effekt des Wertemechanismus auf das EU-Vertrauen

Erläuterung: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für EU-Vertrauen für die einzelnen Ausprägungen der Kulturvariablen mit Konfidenzintervallen auf dem 95-Prozent-Niveau.

Quelle: European Commission 2008. Eigene Berechnungen.

Wie man zwar nicht Tabelle 2, aber wohl Abbildung 2 entnehmen kann, liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf ein positives Vertrauensvotum für einen Befragten, der hinsichtlich keiner einzigen Werten dimension eine Übereinstimmung von persönlicher Bedeutung und EU-Zuschreibung zeigt, bei ca. 64 Prozent. Mit einem einzigen „match“ steigt diese Wahrscheinlichkeit jedoch um 10 Prozentpunkte auf 74 Prozent an. Dies ist, wie man den Konfidenzintervallen der Abbildung 2 entnehmen kann, ein statistisch signifikanter Zuwachs. Die höchste Vertrauenswahrscheinlichkeit von 77 Prozent haben Befragte mit Übereinstimmungen für zwei Werten dimensionen. Bei drei Dimensionen flacht die Kurve wieder leicht ab. Hier wird ein Logit von 0,13 geschätzt, was einer Wahrscheinlichkeit von 0,76 entspricht. Zusammengefasst zeigen alle drei Konformitätsausprägungen gegenüber der Nicht-Übereinstimmung (0-Ausprägung) eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf eine positive Vertrauensäußerung.

4.4 Diskussion der Ergebnisse

Die empirischen Ergebnisse bestätigen unsere These, wonach Wertzuschreibungen an die EU einen eigenständigen Beitrag zu der Entstehung von Vertrauen in die Union leisten – wenn auch ihre Erklärungskraft geringer ausfällt als die der übrigen von uns getesteten Mechanismen. Vor einer weiteren Diskussion dieses Befun-

des muss darauf hingewiesen werden, dass unsere Analysen lediglich einen Erhebungszeitpunkt berücksichtigen, sodass wir keine Aussagen darüber treffen können, ob es sich hierbei tatsächlich um kausale Zusammenhänge handelt. Die genaue Art der Beziehung zwischen dem EU-Vertrauen und den verschiedenen Überzeugungen, die wir als dessen „Grundlagen“ bezeichnet haben, kann letztlich nur theoretisch begründet werden. Wie wir an anderer Stelle ausführlich darlegen (Bücker u. Kleiner 2014), scheint aber der umgekehrte Einfluss von Vertrauen in die EU auf nationales Vertrauen oder Performanzzuschreibungen wenig plausibel, da nicht schlüssig erklärt werden kann, woher EU-Vertrauen als Quelle für andere Orientierungen ursprünglich stammen soll. Gleiches gilt für die Beziehung zwischen Wertzuschreibungen und EU-Vertrauen. Im Gegensatz dazu ist die kausale Beziehung zwischen europäischem Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühlen tatsächlich in beide Richtungen denkbar, da die Identifikation mit einem politischen Gemeinwesen möglicherweise erst durch das Vertrauen in gemeinsame Institutionen entsteht (Kaina 2009; grundlegend Lepsius 1997). Die Interpretation der Ergebnisse muss daher an dieser Stelle vorsichtig bleiben.

Diese Einschränkungen im Blick behaltend, kann jedoch erstens festgestellt werden, dass unsere Analysen vorherige Studien hinsichtlich des bedeutsamen Einflusses der Cueing-Heuristik auf das EU-Vertrauen der BürgerInnen bestätigen. Die Extrapolation von nationalem Vertrauen auf die europäische Ebene scheint also nach wie vor die dominante Form der EU-Beurteilung zu sein, was darauf hindeutet, dass die EU für viele ihrer BürgerInnen noch immer ein opakes, undurchschaubares und in seinen Abläufen wenig nachvollziehbares Gebilde darstellt (Kleiner 2014, S. 46). Dabei bestätigt sich der positive Zusammenhang von nationalem und europäischem Vertrauen auf der Individualebene: Menschen, die mit der politischen Situation in ihrem eigenen Land zufrieden sind, übertragen diese Zufriedenheit auf die EU. Allerdings kann dieser Befund nicht für alle BürgerInnen gleichermaßen gelten, denn die Leistungszuschreibungen zeigen zweitens ebenso einen starken Einfluss auf die Vertrauenswahrscheinlichkeit. Die EU wird also offenbar durchaus auch als Wirtschaftsverband bzw. als eigenständiger politischer Akteur wahrgenommen und aufgrund der ihr zugeschriebenen ökonomischen bzw. politischen Erfolge beurteilt. Dies bedeutet nicht, dass die BürgerInnen die institutionelle Struktur und Funktionsweise der Union zwangsläufig genau kennen. Es bedeutet aber, dass die Menschen eine ungefähre Vorstellung davon besitzen, welche Outcomes die Europäische Union produziert und ob diese eher als nachteilig oder als vorteilhaft einzustufen sind.

Drittens steht auch das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zur EU in einer substanziell positiven Beziehung zu ihrem Vertrauen in die Union. Inwiefern eine europäische Identität tatsächlich eine Basis für EU-Vertrauen bildet und nicht umgekehrt, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Unsere Analysen zeigen jedoch, dass es eine weitere Grundlage für Vertrauen in die Union gibt, die eher diffuser Natur ist. Es konnte viertens empirisch gezeigt werden, dass der EU dann mit größerer Wahrscheinlichkeit Vertrauen entgegengebracht wird, wenn ihr „Leitideen“ zugeschrieben werden, die den BürgerInnen selbst auch wichtig sind. Zwar ist der Einfluss dieses kulturalistischen Mechanismus geringer als jener der anderen drei Mechanismen. Dies ist jedoch aufgrund des Abstraktionsgrades von

Wertorientierungen wenig überraschend. Umgekehrt zeigt dieser Mechanismus im Vergleich zu den übrigen Individualmerkmalen einen deutlichen Einfluss auf die abhängige Variable.

Kurz zu erwähnen ist noch das Verhalten der Kontrollvariablen: Während der Ausbildungsstatus durchgehend von Bedeutung ist, verlieren die sozialstrukturellen Faktoren Geschlecht und Bildung sowie die kognitive Mobilisierung einer Person unter dem Eindruck der drei dominanten Mechanismen der Performanzzuschreibung, des Cueings und der EU-Identität ihre statistische Bedeutung für EU-Vertrauen. Demgegenüber wird das Alter erst durch das Hinzufügen der Heuristiken bedeutend (Modelle ohne Heuristiken sind nicht ausgewiesen). Offenbar werden die Heuristiken von unterschiedlichen Altersgruppen unterschiedlich genutzt. Die objektiven Performanzindikatoren sowie die übrigen Ländervariablen bleiben ohne substanziellen Einfluss auf das EU-Vertrauen der Menschen. Damit bestätigen unsere Analysen die Ergebnisse vorheriger Studien, wonach subjektive Wahrnehmungen entscheidend für die Entstehung von Vertrauen in die Union sind. Eine Ausnahme bildet die staatssozialistische Vergangenheit eines Landes, die zu einem größeren Vertrauen in die EU führt. Möglicherweise deutet dieses Ergebnis darauf hin, dass die Bevölkerungen dieser Länder die Union noch immer stärker idealisieren, als dies in den etablierten Demokratien der Fall ist, da die Union nach wie vor von vielen Menschen mit den grundsätzlichen Errungenschaften des Transformationsprozesses wie der Verwirklichung von demokratischen und ökonomischen Freiheiten in Verbindung gebracht wird (Bücker 2012).

5. Fazit

In unserem Beitrag sind wir der Frage nachgegangen, inwiefern Vertrauen in die Europäische Union neben den in diesem Forschungsgebiet gängigen Ansätzen mit Wertzuschreibungen an die EU erklärt werden kann. Dabei haben wir zunächst das Konzept von EU-Vertrauen differenziert und damit dem aktuellen Forschungsstand angepasst. Vertrauen in die Europäische Union wird nun nicht mehr als rein diffuse politische Unterstützung konzeptualisiert, sondern als eine Einstellungsdimension interpretiert, die sich auf einem Kontinuum zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung befindet. Bei der anschließenden Anwendung des aus der nationalen Vertrauensforschung stammenden Ansatzes der Wertzuschreibungen auf die europäische Ebene sind wir davon ausgegangen, dass der Europäischen Union, die eine offizielle Wertepolitik verfolgt, auch aus Sicht der BürgerInnen eine Rolle als Ordnungs- und Sinnstifter zukommt.

Wenn auch Identitätsgefühle, Performanzbeurteilungen und Cueing-Effekte in einer stärkeren Beziehung zum EU-Vertrauen der Bevölkerung stehen als Wertzuschreibungen, konnten wir unsere Annahme für die EU27 empirisch bestätigen. Es zeigt sich somit zum einen, dass EU-Vertrauen wie auch nationales Vertrauen spezifischere und diffusere Elemente umfasst und zu Recht als eine Mischform politischer Unterstützung verstanden wird. Zum anderen wird hinsichtlich der diffusen Bestandteile deutlich, dass die EU von ihren BürgerInnen durchaus als Wertegemeinschaft wahrgenommen wird – und zwar unabhängig davon, ob sich die BürgerInnen mit der EU identifizieren, oder nicht. Vor dem Hintergrund, dass

europäische Zugehörigkeitsgefühle bei den meisten Menschen im Vergleich zu ihrer nationalen Identifikation noch immer schwächer ausgeprägt sind und als weniger belastbar gelten, kann dieser Bezug auf gemeinsame Werte unter Umständen zu einer gewichtigen Quelle für Vertrauen in die Union werden. Damit die Union aber als Orientierungs- und Sinnstifter wahrgenommen werden und wirken kann, muss das politische Handeln der EU-Eliten die angesprochenen Ideale glaubhaft verkörpern. Dies bedeutet jedoch gerade keine reine situationsbedingte Reaktionspolitik auf (äußere) Marktzwänge, sondern auch in turbulenten Zeiten – wie Wirtschaftskrisen – das Festhalten an den kulturellen Idealen, auf die Anspruch erhoben wird.

Literatur

- Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations; an Analytic Study*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Anderson, Christopher J. 1998. When in Doubt, Use Proxies: Attitudes Toward Domestic Politics and Support for European Integration. *Comparative Political Studies* 31: 569-601. doi: 10.1177/0010414098031005002.
- Armington, Klaus, und Besir Ceka. 2013. The loss of trust in the European Union during the great recession since 2007: The role of heuristics from the national political system. *European Union Politics* 15: 82-107. doi: 10.1177/1465116513495595.
- Best, Henning, und Christof Wolf. 2010. Logistische Regression. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christof Wolf und Henning Best, 827-854. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Braithwaite, Valerie A. 2003. Communal and Exchange Trust Norms: Their Value Base and Relevance to Institutional Trust. In *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie A. Braithwaite und Margaret Levi, 46-74. New York: Sage.
- Bücker, Nicola, und Tuuli-Marja Kleiner. 2014. Cues oder Performanz? Quellen des Vertrauens in die Europäische Union. In *Europa in der Krise? Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten im Mehrebenensystem der EU*. Sonderheft der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Hrsg. Markus Steinbrecher (im Erscheinen).
- Bücker, Nicola. 2012. *Europe bottom-up. How Eastern Germans and Poles frame the European Union*. Baden-Baden: Nomos.
- Catterberg, Gabriela, und Alejandro Menéndez Moreno. 2006. The Individual Bases of Political Trust. Trends in New and Established Democracies. *International Journal of Public Opinion Research* 18: 31-48. doi: 10.1093/ijpor/edh081.
- Chardon, Matthias. 2008. Mehr Transparenz und Demokratie: die Rolle nationaler Parlamente nach dem Vertrag von Lissabon. In *Lissabon in der Analyse: der Reformvertrag der Europäischen Union*, Hrsg. Werner Weidenfeld, 171-185. Baden-Baden: Nomos.
- Citrin, Jack. 1974. Comment: The Political Relevance of Trust in Government. *The American Political Science Review* 68: 973-988.
- Denters, Bas, Oscar Gabriel, und Mariano Torgal. 2007. Political confidence in representative democracies: socio-cultural vs. political explanations. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A comparative Analysis*, Hrsg. Jan van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm, 66-87. London/New York: Routledge.

- Díez Medrano, Juan. 2003. *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons, Inc.
- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435-457.
- Eichenberg, Richard C., und Russell J. Dalton. 2007. Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration 1973-2004. *Acta Politica* 42: 128-152. doi: 10.1057/palgrave.ap.5500182.
- European Commission. 2013. *Eurobarometer 69.2. National and European Identity, European Elections, European Values, and Climate Change, March-May 2008*. GESIS Data Archive: Köln. doi:10.4232/1.11755.
- Fuchs, Dieter. 1989. *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter. 2002. Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In *Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann*, Hrsg. Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weßels, 27-49. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter, Oscar W. Gabriel, und Kerstin Völk. 2002. Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31: 427-450.
- Gabel, Matthew. 1998. Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories. *The Journal of Politics* 60 (2): 333-354. PID: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-60092>.
- Gabel, Matthew. 2001. *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Gabriel, Oscar W. 1999. Integration durch Institutionenvertrauen. In *Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39. Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski, 199-233. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Harteveld, Eelco, Tom van der Meer, und Catherine De Vries. 2013. In Europe we trust? Exploring three logics of trust in the European Union. *European Union Politics* 14. doi:10.1177/1465116513491018.
- Hitlin, Steven, und Jane Allyn Piliavin. 2004. Values: Reviving a Dormant Concept. *Annual Review of Sociology* 30: 359-393. doi: 10.1146/annurev.soc.30.012703.110640.
- Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2005. Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. *European Union Politics* 6: 419-443. doi: 10.1177/1465116505057816.
- Inglehart, Ronald. 1977. Long Term Trends in Mass Support for European Unification. *Government and Opposition* 12: 150-177. doi: 10.1111/j.1477-7053.1977.tb00529.x.
- Joas, Hans, und Klaus Wiegandt. 2006. *Die kulturellen Werte Europas*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Kaina, Viktoria. 2009. *Wir in Europa: Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaina, Viktoria. 2013. How to Reduce Disorder in European Identity Research. *European Political Science* 12: 184-196. doi: 10.1057/eps.2012.39.

- Kaina, Viktoria, und Ireneusz Pawel Karolewski. 2009. EU governance and European identity. *Living Reviews in European Governance* 4. <http://www.livingreviews.org/lreg-2009-2>. Zugriffen: 13.09.2013.
- Kleiner, Tuuli-Marja. 2008. *Das Vertrauen zu den politischen Entscheidungsinstitutionen junger Demokratien Mitteleuropas. Kulturalistische und institutionalistische Ansätze zur Erklärung politischen Vertrauens im Vergleich*. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlagsgruppe.
- Kleiner, Tuuli-Marja. 2014. *Vertrauen in Nationen durch kulturelle Nähe? Analyse eines sozialen Mechanismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kluckhohn, Clyde. [1951] 1996. Values and Value-Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification. In *Toward a General Theory of Action*, Hrsg. Talcott Parsons, 4. Aufl., 388–433. Cambridge: Harvard University Press.
- Kotzian, Peter. 2011. Conditional Trust: The role of individual and system-level features for trust and confidence in institutions. *Zeitschrift für Vergleichende Politische Wissenschaft* 5: 25-49. doi:10.1007/s12286-011-0094-1.
- Kriesi, Hanspeter. 2007. The Role of European Integration in National Election Campaigns. *European Union Politics* 8: 83-108. doi: 10.1177/1465116507073288.
- Kritzinger, Sylvia. 2003. The Influence of the Nation-State on Individual Support for the European Union. *European Union Politics* 4: 219-241. doi: 10.1177/1465116503004002004.
- Krouwel, André, und Koen Abts. 2007. Varieties of Euroscepticism and Populist Mobilization: Transforming Attitudes from Mild Euroscepticism to Harsh Eurocynicism. *Acta Politica* 42: 252-270. doi: 10.1057/palgrave.ap.5500187.
- Kumlin, Staffan. 2009. Blaming Europe? Exploring the variable impact of national public service dissatisfaction on EU trust. *Journal of European Social Policy* 19: 408-420. doi: 10.1177/0958928709344248.
- Leinen, Jo, und Jan Kreutz. 2008. Herausforderung partizipative europäische Demokratie: Zivilgesellschaft und direkte Demokratie im Vertrag von Lissabon. *Integration: Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration* 31: 241-253.
- Lepsius, M. Rainer. 1997. Vertrauen zu Institutionen. In *Differenzen und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996*, Hrsg. Stefan Hradil, 283-293. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2010. Divergent trends of euroscepticism in countries and regions of the European Union. *European Journal of Political Research* 49: 787-817. doi: 10.1111/j.1475-6765.2010.01915.x.
- McLaren, Lauren. 2012. The Cultural Divide in Europe: Migration, Multiculturalism, and Political Trust. *World Politics* 64: 199-241. doi: <http://dx.doi.org/10.1017/S0043887112000032>.
- Miller, Arthur H. 1974. Political Issues and Trust in Government: 1964-1970. *The American Political Science Review* 68: 951-972.
- Miller, Arthur H., und Ola Listhaug. 1999. Political performance and institutional trust. In *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*, Hrsg. Pippa Norris, 204-216. Oxford: Oxford University Press.

- Mishler, William, und Richard Rose. 2001. What are the Origins of Political Trust? Testing Institutional and Cultural Theories in Post-Communist Societies. *Comparative Political Studies* 34: 30-62. doi: 10.1177/0010414001034001002.
- Misztal, Barbara A. 1996. *Trust in Modern Societies. The Search for the Base of Social Order*. Cambridge: Polity Press.
- Muñoz, Jordi, Mariano Torcal, und Eduard Bonet. 2011. Institutional trust and multilevel government in the European Union: Congruence or compensation? *European Union Politics* 12: 551-574. doi: 10.1177/1465116511419250.
- Newton, Kenneth, und Sonja Zmerli. 2011. Three forms of trust and their association. *European Political Science Review* 3: 169-200. doi: <http://dx.doi.org/10.1017/S1755773910000330>.
- Niedermayer, Oskar, und Bettina Westle. 1998. A Typology of Orientations. In *Public Opinion and Internationalized Governance*, Hrsg. Oskar Niedermayer und Richard Sinnott, 33-50. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa (Hrsg.). 1999. *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Norris, Pippa. 2011. *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Offe, Claus. 2001. Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? In *Democracy and Trust*, Hrsg. Mark E. Warren, 241-294. Cambridge: Cambridge University Press.
- Parsons, Talcott. 1971. *The System of Modern Societies*. Prentice Hall: Englewood Cliffs.
- Rohrschneider, Robert. 1999. *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Rohrschneider, Robert. 2002. The Democratic Deficit and Mass Support for an EU-Wide Government. *American Journal of Political Science* 46: 463-475.
- Rokeach, Milton. 1973. *The Nature of Human Values*. New York: Free Press.
- Roller, Edeltraud. 2004. Performanz. In *Politische Theorie: 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, Hrsg. Gerhard Göhler, Mattias Iser und Ina Kerner, 297-314. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Roth, Felix, Felicitas Nowak-Lehmann D., und Thomas Otter. 2011. Has the financial crisis shattered citizens' trust in national and European governmental institutions? Evidence from the EU member states, 1999-2010. *Centre for European Policy Studies, CEPS Papers* 4159. <http://www.ceps.eu/book/has-financial-crisis-shattered-citizens%E2%80%99-trust-national-and-european-governmental-institutions->. Zugegriffen: 05.08.2013.
- Sánchez-Cuenca, Ignacio. 2000. The Political Basis of Support for European Integration. *European Union Politics* 1: 147-171. doi: 10.1177/1465116500001002001.
- Schwartz, Shalom H. 1992. Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries. *Advances in Experimental Social Psychology* 25: 1-65.
- Schwartz, Shalom H. 2006. A Theory of Cultural Value Orientations: Explication and Applications. *Comparative Sociology* 5: 137-182.
- Snijders, Tom A. B., und Roel J. Bosker. 1999. *Multilevel Analysis: An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*. London: Sage.
- Torcal, Mariano, Eduard Bonet, und Marina Costa Lobo. 2012. Institutional Trust and Responsiveness in the EU. In *The Europeanization of National Politics? Citizenship*

- and Support in a Post-Enlargement Union*, Hrsg. David Sanders, Paolo Belluci, Gábor Tóka und Mariano Torcal, 91-112. Oxford: Oxford University Press.
- Urban, Dieter, und Jochen Mayerl. 2011. *Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Van der Meer, Tom, und Paul Dekker. 2011. Trustworthy States, Trusting Citizens? A Multilevel Study into Objective and Subjective Determinants of Political Trust. In *Political trust: why context matters*, Hrsg. Sonja Zmerli und Marc Hooghe, 95-116. Colchester: ECPR Press.
- Warren, Mark E. 1999. Introduction. In ders.: *Democracy and Trust*, 1-21. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weßels, Bernhard. 2007. Discontent and European Identity: Three Types of Euroscepticism. *Acta Politica* 42: 287-306. doi: 10.1057/palgrave.ap.5500188.
- Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Westle, Bettina. 2007. European Identity and European Democracy. Analyses concerning the ‚democratic dilemma‘ of the European Union. *InTune Papers* MA-07-07: 1-24.
- Westle, Bettina, und David Johann. 2010. Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union. In *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Hrsg. Thorsten Faas, Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher, 353-374. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zmerli, Sonja, Kenneth Newton, und José Ramón Montero. 2007. Trust in people, confidence in political institutions, and satisfaction with democracy. In *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm, 35-65. London/New York: Routledge.

Autorinnenangaben

Dr. Tuuli-Marja Kleiner,
Philipps-Universität Marburg, Institut für Politikwissenschaft,
Wilhelm-Röpke-Straße 6G,
35032 Marburg,
kleiner@staff.uni-marburg.de

Dr. Nicola Bücker,
Comenius-Institut Münster, Schreiberstraße 12,
48149 Münster,
buecker@comenius.de

Anhang

Tabelle 3: Interkorrelationen der unabhängigen Variablen

	Geschlecht	Alter	Bildung	Ausbildung	Kognitive Mobilisierung	Performanz	Cueing	EU- Identifikation
Alter	-,013 *							
Bildung	,027 **	,008 n.s.						
Ausbildung	,022 **	-,472 **	-,458 **					
Kogn. Mobilisierung	,131 **	,079 **	,208 **	-,064 **				
Performanz	,059 **	-,096 **	,123 **	,090 **	,086 **			
Cueing	,041 **	,040 **	,048 **	,040 *	,042 **	,254 **		
EU-Identifikation	,062 **	-,067 **	,134 **	,068 **	,114 **	,311 **	,178 **	
Wertemechanismus	,053 **	,012 *	,043 **	,000 n.s.	,065 **	,163 **	,080 **	,164 **

Quelle: European Commission 2008. Eigene Berechnungen.